

Daneben kam der Wunsch nach grösserer Konzentration der Arbeit des Komitees und Unterkomitees sowie nach möglicher Vereinfachung von Doppelarbeiten, namentlich mit anderen internationalen Organisationen, die mit den gleichen Aufgaben befasst sind (FAO und Bureau International du Travail), zum Ausdruck. Schliesslich wurde als wichtigste die Existenz der ECE für die Behandlung des Problems des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Erholung Europas als unersetzlich bezeichnet. Neben den eigentlichen Verteilungsfunktionen der ECE wurde die Wichtigkeit der Zusammenarbeit über die europäischen Wirtschaftskomitees, die zu multilateralen Vereinbarungen führen können, und des Studiums des wirtschaftlichen Problems als Hauptaufgaben der ECE erwähnt. Mit besonderem Nachdruck wurde von allen Seiten hervorgehoben, dass die ECE ein politisches, sondern ein wirtschaftliches Organ ist.

Freitag, 28. Mai 1948.

Teilnahme an der 3. Tagung der Europäischen Wirtschaftskommission in Genf vom 26. April bis 8. Mai 1948.

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 18. Mai 1948.

Das Volkswirtschaftsdepartement erstattet über das Ergebnis der 3. Tagung der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE), welche vom 26. April bis 8. Mai in Genf stattfand folgenden Bericht:

"I.

Die Tagesordnung ist wie folgt erledigt worden:

1.- Genehmigung der Tagesordnung:

Die definitive Tagesordnung, welche gegenüber der in unserem Antrag vom 21. April mitgeteilten provisorischen Tagesordnung nur eine geringfügige Aenderung aufweist (vgl. Ziffer 7 hiernach) ist diskussionslos genehmigt worden.

2.- Wahl des Büreaus:

Als Präsident der 3. Tagung der ECE ist Herr Anders Frihagen, Direktor der norwegischen Industriebank, und als Vizepräsident Herr J. Rudzinski, Vizepräsident des zentralen polnischen Planungsamtes, gewählt worden.

3.- Prüfung der durch die Komitees und Unterkomitees der ECE vorgelegten Berichte:

Der Behandlung der einzelnen Berichte ging eine Generaldebatte voraus, in der sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der UdSSR und den osteuropäischen Staaten einerseits und der westeuropäischen Staaten, insbesondere Frankreich, Grossbritannien sowie den USA andererseits zeigten. Soweit diese Divergenzen sich auf die technische Arbeit der Komitees und Unterkomitees der ECE sowie auf andere Traktanden der 3. Tagung beziehen, werden wir sie in unseren Bemerkungen zu den einzelnen Berichten sowie zu den betreffenden Punkten der Tagesordnung erwähnen. Im übrigen wurde der bisherigen Arbeit der ECE sowie ihrer nachgeordneten Organe und dem Sekretariat allgemein ein gutes Zeugnis ausgestellt.



Daneben kam der Wunsch nach grösserer Konzentration der Arbeit in den Komitees und Unterkomitees sowie nach möglicher Vermeidung von Doppelspurigkeiten, namentlich wo andere internationale Organisationen sich mit den gleichen Aufgaben befassen (FAO und Bureau international du travail), zum Ausdruck. Schliesslich wurde allseitig die Existenz der ECE für die Behandlung der Probleme des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Erholung Europas als unerlässlich bezeichnet. Neben den eigentlichen Verteilungsfunktionen der ECE wurde die Möglichkeit der Aussprache über die europäischen Wirtschaftsfragen, die zu multilateralen Vereinbarungen führen könne, und das Studium neu auftauchender Probleme als Hauptaufgaben der ECE erwähnt. Mit besonderem Nachdruck wurde von allen Seiten hervorgehoben, dass die ECE sich nicht mit politischen, sondern nur mit wirtschaftlichen Fragen zu befassen habe. Bei diesem Anlass ist namentlich von Seiten der Delegation der UdSSR in ziemlich scharfer Weise kritisiert worden, dass die ECE und ihre Komitees in verschiedenen Fällen die erteilten Kompetenzen überschritten, ein Vorwurf, der u.a. von den Delegationen der USA und Grossbritanniens energisch zurückgewiesen wurde.

Da vorauszusehen war, dass die Diskussion von Traktandum 5 sich in noch verschärfterer Form um zwei gegensätzliche Standpunkte konzentrieren würde (Marshallplan!), erschien es der schweizerischen Delegation zweckmässig, in diesem Stadium der Beratungen eine kurze Erklärung, die hier beiliegt, abzugeben. In dieser Erklärung wurde die Einladung verdankt und die bisherige gute Zusammenarbeit in den Komitees, zu der die Schweiz ihren Beitrag bereits geleistet hat, hervorgehoben. Sodann wurden die bisherigen Leistungen der Schweiz im Interesse des europäischen Wiederaufbaus seit Kriegsende erwähnt, wobei sich ein willkommener Anlass bot, auf die Tatsache hinzuweisen, dass unser Land mit fast allen europäischen Staaten Wirtschaftsabkommen abgeschlossen habe und dass wir in Übereinstimmung mit der Auffassung des Exekutivsekretärs diesen bilateralen Verträgen grosse Bedeutung beimessen. Schliesslich wurde die Versicherung loyaler Zusammenarbeit unseres Landes auch im Rahmen der ECE unter Berufung auf die Grenzen, die den Möglichkeiten eines kleinen Landes gesetzt sind, abgegeben.

Die Berichte der Komitees und Unterkomitees wurden wie folgt erledigt:

a) Bericht des Inlandtransportkomitees:

Dieser Bericht ist nach kurzer Diskussion einstimmig genehmigt worden. Hervorgehoben wurden namentlich die z. T. erfolgreichen Bemühungen des Inlandtransportkomitees für eine Verbesserung der Transporte verderblicher Waren, die Wiederinkraftsetzung des R.I.V., die Rückgabe von Eisenbahnmateriale an die berechtigten nationalen Bahnverwaltungen sowie die Erleichterung der internationalen Strassentransporte.

./.

b) Bericht des Kohlenkomitees:

Von sowjetrussischer Seite wurde die Verteilungstätigkeit des Kohlenkomitees einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde beanstandet, dass im Jahre 1947 die Zuteilungen an die vom Kriege verwüsteten Länder gegenüber 1946 zurückgegangen seien, wogegen andere Länder, u.a. auch die Schweiz, erhöhte Quoten erhielten. Da in diesem Zusammenhang weder ein Angriff auf die Schweiz erfolgte noch eine Herabsetzung der Kohlenzuteilungen an unser Land verlangt wurde, konnte sich die schweizerische Delegation einer Intervention enthalten. Bei diesem Anlass wurde auch die Tatsache kritisiert, dass die Kohlenproduktion in der Ruhr steigende, der Export von Ruhrkohle dagegen zeitweise sinkende Tendenz aufweisen. Diese Kritik ist von den Delegationen Frankreichs, Grossbritanniens und der USA scharf zurückgewiesen worden. Allgemein konnte man den Eindruck gewinnen, dass das Kohlenkomitee nach objektiven und gerechten Grundsätzen arbeite. Es ist vorgesehen, mit Wirkung ab 1. Juli 1948 neue Zuteilungsmethoden zur Anwendung zu bringen, wobei namentlich dem Faktor der Qualität erhöhte Bedeutung beizumessen sein wird. Das Zusammenwirken mit dem Unterkomitee für Stahl führte zu einer wesentlichen Erhöhung der verfügbaren Mengen an metallurgischem Koks und damit auch an Stahl, was allgemein lobend anerkannt wurde. Der Bericht des Kohlenkomitees wurde einstimmig genehmigt.

c) Bericht des Elektrizitätskomitees:

Dieser Bericht, der die Notwendigkeit der Erhöhung der Produktion durch bessere Ausnützung und den Ausbau der bestehenden Anlagen sowie den Bau neuer Kraftwerke hervorhebt, wurde einstimmig genehmigt.

d) Bericht des Komitees für Industrie und Rohstoffe sowie besondere Berichte der Unterkomitees und Arbeitsgruppen dieser Komitees:

Von seiten der UdSSR und der osteuropäischen Staaten wurde kritisiert, dass dieses Komitee sich zu sehr in Einzelheiten verliere (Behandlung von Fragen betreffend Düngemittel, Soda-Produkte, Kugellager, Transportbänder etc.) statt die allgemeinen Probleme des Wiederaufbaues der europäischen Industrie sowie der Entwicklung der industriellen Produktion in industriell zurückgebliebenen Ländern anzupacken. Mit der Unterstützung der europäischen Oststaaten ist von der Delegation der UdSSR die Schaffung eines besonderen Komitees für die industrielle Entwicklung vorgeschlagen worden. Nach einlässlicher Diskussion wurde einstimmig die Schaffung eines Spezialkomitees beschlossen mit der Aufgabe, der ECE vor dem 30. November 1948 Bericht und Antrag über den sowjetrussischen Vorschlag auf Schaffung eines Komitees für die industrielle Entwicklung zu unterbreiten. Dabei wären in Zusammenarbeit mit den andern Organisationen der Vereinigten Nationen Mittel und Wege zu prüfen, um den industriellen Wiederaufbau und die Entwicklung der vom Kriege verwüsteten Länder sowie die wirt-

schaftliche Entwicklung der zurückgebliebenen Länder im Hinblick auf die Belebung des internationalen Handels zwischen den europäischen Ländern sowie zwischen diesen und den aussereuropäischen Ländern sicherzustellen.

Interessant ist festzustellen, dass diese Diskussion sich zum Teil fast wörtlich im selben Rahmen bewegte wie die entsprechenden Auseinandersetzungen anlässlich der Konferenz von Havanna. Dort waren es die süd- und mittelamerikanischen sowie die arabischen Staaten mit Einschluss von Indien, den Philippinen, usw. welche die Wortführer des sogenannten "développement économique" waren, wogegen in Genf die UdSSR und die osteuropäischen Staaten sich zu den Befürwortern dieser Idee machten. In beiden Fällen gaben die hochindustrialisierten Länder ( vor allem die USA und Grossbritannien) nur zögernd diesen auch für uns gefährlichen Bestrebungen nach.

Im übrigen wurde der Bericht dieses Komitees einstimmig genehmigt.

e) Bericht des Unterkomitees für Stahl:

Von seiten der Delegation Grossbritanniens ist darauf hingewiesen worden, dass durch die Arbeit dieses Unterkomitees in Verbindung mit dem Kohlenkomitee bereits eine Erhöhung der Stahlproduktion von 1,5 Millionen Tomen ermöglicht wurde. Dieses Ergebnis sei von derart überragender Bedeutung, dass es allein für sich schon die Existenz der ECE rechtfertige. Engpässe für die Erhöhung der Stahlproduktion bleiben nach wie vor die noch ungenügende Ausstattung der Stahlwerke sowie der weiterhin bestehende Mangel an metallurgischem Koks, Erz und Alteisen.

Der Bericht des Unterkomitees für Stahl wurde einstimmig genehmigt. Gleichzeitig wurde diesem Unterkomitee das Statut eines selbständigen Komitees erteilt.

f) Bericht des Unterkomitees für Holz:

Dieser Bericht wurde einstimmig genehmigt. Gleichzeitig wurde auch diesem Unterkomitee das Statut eines selbständigen Komitees erteilt.

g) Bericht des Unterkomitees für Arbeitskraft:

Von sowjetrussischer Seite wurde nachdrücklich Kritik an der Arbeit dieses Unterkomitees geübt. Vor allem wurde ausgesetzt, dass das Unterkomitee für Arbeitskraft bis jetzt das Problem nur vom Gesichtspunkt der Industrie unter weitgehender Ausserachtlassung der sozialen Probleme in Angriff genommen habe. Die osteuropäischen Länder schlossen sich der sowjetrussischen Kritik einhellig an. Von seiten Frankreichs und Grossbritanniens wurde eindringlich Stellung bezogen gegen eine Ausdehnung der Kompetenzen dieses Unterkomitees zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten mit dem "Bureau international du travail". Nach Genehmigung des

Berichtes des Unterkomitees für Arbeitskraft wurde der sowjetrussische Antrag auf Umwandlung dieses Unterkomitees in ein unabhängiges Komitee für Arbeitskraft mehrheitlich angenommen.

h) Bericht des "Panel" für Wohnungsfragen:

Aus diesem Bericht sowie aus mündlichen Erklärungen des Leiters dieses Panels ergibt sich der ungeheure Mangel an Wohnungen in Europa. Auf Grund von Angaben von 15 Ländern sollten in den nächsten 5 Jahren jährlich 1,6 - 1,7 Millionen Wohnungen erstellt werden, wogegen diese Länder z.B. pro 1948 bei grösster Anstrengung maximal 660'000 Wohnungen jährlich werden bauen können. Dabei würde das vorstehende Programm lediglich die Wiederherstellung des Vorkriegsniveaus im Wohnstandard ohne irgendwelche Verbesserungen ermöglichen.

Mit der Genehmigung des Berichtes wurde auf Grund eines sowjetrussischen Antrages diesem Panel das Statut eines Unterkomitees des Komitees für Industrie und Rohstoffe unter Beibehaltung der bisherigen Aufgaben verliehen.

i) Bericht des Exekutivsekretärs an die 3. Plenartagung der ECE betreffend die Beziehungen zwischen der ECE und den alliierten Kontrollbehörden in Deutschland (26. Februar 1948):

Dieser Bericht gab Anlass zu einer ausgedehnten, z.T. sehr heftigen Diskussion zwischen der UdSSR und den Oststaaten einerseits und Frankreich, Grossbritannien und den USA andererseits. Wie in unserem Antrag vom 21. April vorausgesehen, konnte diese Aussprache nicht zu einer Annäherung der Standpunkte führen. Von sowjetrussischer Seite wurde betont, dass der Exekutivsekretär auf Grund der Beschlüsse von Potsdam lediglich mit dem alliierten Kontrollrat in Berlin und nicht mit den einzelnen Zonen Beziehungen hätte aufnehmen sollen. Die Beziehungen Deutschlands nach aussen seien ausschliesslich Sache des alliierten Kontrollrates in Berlin, und die ECE solle sich einer Einmischung in diese sehr heiklen Probleme der internationalen Politik enthalten. Gleichzeitig beschuldigte die sowjetrussische Delegation die Westmächte, das inzwischen geschaffene Bureau der ECE in Frankfurt für ihre imperialistische Zwecke auszunützen und übte sehr vehemente Kritik an der Wirtschaftspolitik Grossbritanniens und der USA in der Ruhr (Aufbau eines Kriegspotentials statt Entwicklung einer deutschen Friedensindustrie, verfehlte Kohlen- und Stahlpolitik usw.). Der Vertreter Jugoslawiens wandte sich in sehr scharfen Worten gegen den Einbezug Westdeutschlands in den Marshallplan.

Die Vertreter Grossbritanniens und der USA verteidigten nicht nur das Vorgehen des Exekutivsekretärs, weil sich dieses mit den Beschlüssen der 2. Plenartagung der ECE in völliger Uebereinstimmung befinde, sondern schoben Sowjetrussland die Schuld für die Verunmöglichung einer direkten Zusammenarbeit der ECE mit dem alliierten Kontrollrat in Berlin zu. Gleichzeitig verteidigten sie ihre Wirtschaftspolitik in der Bizone. Sie wiesen z.B. zahlen-

- 6 -

mässig nach, dass die Stahlproduktion noch bei weitem nicht das durch die Ausserministerkonferenz gestattete Mass erreicht habe, dass die Zahlungsbilanz der Bizone auf Grund der gegenüber der Vorkriegszeit noch geringfügigen Exporte von Eisen, Stahl, Maschinen und der erst mässigen Kohlenexporte nicht habe ausgeglichen werden können und dass Sowjetrussland sich bis jetzt überhaupt geweigert habe, irgendwelche Zahlen betreffend die Sowjetzone herauszugeben.

Auf Grund eines schwedischen Vermittlungsantrages wurde schliesslich einstimmig beschlossen, dass der Exekutivsekretär zu beauftragen sei, seine Konsultationen mit dem alliierten Kontrollrat wieder aufzunehmen, um in Berlin ein Hauptverbindungs-bureau mit dieser Behörde zu schaffen und dass das Bureau der ECE in Frankfurt als unabhängiges Organ zu verschwinden habe. Jede Verbindung der ECE mit Deutschland sei dem Berliner Bureau unterzuordnen.

4.- Im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und der ECE zu ergreifende Massnahmen:

Nach langer Diskussion wurde die Schaffung eines ad hoc-Komitees für Landwirtschaftsprobleme, welche gleichzeitig die ECE und die FAO berühren, beschlossen. Dieses Komitee erhielt den Auftrag die Probleme zu umschreiben, welche die Entwicklung und Wiederherstellung der europäischen Landwirtschaft verzögern und deren Lösung durch gemeinsame Arbeiten der FAO und der ECE erleichtert werden können. Es soll ferner Empfehlungen unterbreiten für die Zusammenarbeit auf diesem Gebiete unter Berücksichtigung der Verantwortlichkeiten und der organisatorischen Struktur der beiden Organisationen und dem FAO-Rat sowie der nächsten Tagung der ECE Bericht erstatten. Die Mitgliedschaft in diesem ad hoc-Komitee ist offen für die Mitglieder der ECE und die europäischen Mitglieder der FAO, welche nicht Mitglieder der ECE sind. Andere europäische Staaten sollen zur Teilnahme an seinen Arbeiten eingeladen werden.

Für die Erledigung dringender Geschäfte wurde der Exekutivsekretär ermächtigt, im Rahmen der Beschlüsse dieses ad hoc-Komitees in Verbindung mit dem Generaldirektor der FAO Arbeitsgruppen einzuberufen und auf Ersuchen der FAO von dieser einberufene Sitzungen zu beschicken.

5.- Prüfung der verschiedenen sich aus dem "Etudes sur les conditions et perspectives économiques de l'Europe" (nachstehend Bericht genannt) betitelten Dokument ergebenden Fragen:

Dieser Bericht spricht sich insbesondere aus über die europäischen Produktionsverhältnisse, wobei die wesentlich geringere Erholung der Landwirtschaftsproduktion gegenüber der industriellen Produktion sowie der weitgehenden Wiedereingangssetzung des Transportwesens hervorgehoben wird. Sodann beschäftigt er sich mit den umwälzenden Verschiebungen auf dem Gebiete des interna-

./.

- 7 -

tionalen Handels (u.a. Stellung Deutschlands und Englands), dem ungeheuren Zahlungsbilanzproblem und den Fragen des europäischen Wiederaufbaus. In diesem Zusammenhang wird der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Inflation, der Steigerung des intereuropäischen Handels sowie der Ueberwindung der noch bestehenden Engpässe in der Produktion (einzelne Gebiete des Mangels an Waren, an Arbeitskraft, usw.) das Wort geredet.

Der Bericht gab Anlass zu einer zwei Tage dauernden Aussprache, an der sich die Mehrheit der vertretenen Staaten beteiligte. Die Diskussion gab den einzelnen Ländern Gelegenheit, ihre Massnahmen zur Hebung des wirtschaftlichen Niveaus auf Grund nationaler Anstrengungen zu Produktionssteigerungen sowie zur Steigerung des internationalen Handels darzulegen. Diese Exposés waren oft aus leicht erkennbaren propagandistischen Gründen derart optimistisch, dass ein krasser Widerspruch mit den zum Teil sehr ernstesten Schlussfolgerungen des Berichtes zu Tage trat, was von seiten der Westmächte auch unterstrichen wurde. Die ganze Diskussion mündete schliesslich in eine Auseinandersetzung um den Marshallplan aus, der von östlicher Seite immer wieder als ein Instrument imperialistischer Politik der USA, als ein äusserst gefährlicher Faktor der Entzweiung Europas und einer gegen die Oststaaten gerichteten aktiven "Blockbildung der Sechszehn", von westlicher Seite aber als unerlässliches Instrument zur Erholung unseres Kontinentes hingestellt wurde. Von seiten der Westmächte ist dabei immer wieder betont worden, dass nach wie vor die Teilnahme am Marshallplan an sich allen europäischen Ländern offen stehe, dass aber leider die UdSSR ihre Mitwirkung aus nicht stichhaltigen Gründen ~~ablehnten~~ ablehnten und andere Länder, besonders solche des europäischen Ostens, sich ebenfalls kategorisch der Teilnahme enthielten. Zeitweise drohte die Auseinandersetzung, die zum Teil sehr heftig geführt wurde, in eine rein politische Diskussion auszuarten, wobei die politischen Systeme des Ostens und des Westens gegenseitig eine nicht gerade sehr diplomatische Herabwürdigung erfuhren.

Diese sehr gespannte Situation rechtfertigte nachträglich in besonderem Masse die Abgabe einer generellen Erklärung in der Generaldebatte unter Traktandum 3, d.h. im Rahmen einer Verhandlungsmaterie und einer Atmosphäre, die durch internationale politische Kontroversen noch nicht belastet war.

Die Diskussion über diesen Gegenstand wurde abgeschlossen mit der Annahme einer Resolution. Die ECE nimmt darin Kenntnis von dem Bericht und alle Regierungen werden eingeladen, vor Ende Juni dem Sekretariat schriftlich allfällige tatbeständliche Berichtigungen oder ergänzende Erklärungen betreffend den Inhalt des fraglichen Berichtes einzusenden.

6.- Mandat des Komitees für interne Transporte: Klausel betreffend das Regime der internationalen Schifffahrtswege:

Die in unserem Antrag vom 21. April a.G. erwähnte Kontro-  
verse wurde ohne Diskussion in dem Sinne durch einstimmigen Be-  
schluss erledigt, dass das Inlandtransportkomitee sich in keiner

./.

Weise mit Fragen betreffend die Regelung der internationalen Binnenschifffahrt in Europa zu befassen haben wird. Damit gelangte der russische Standpunkt in eindeutiger Weise zur Annahme.

7.- Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Statistik:

Die Benelux-Gruppe hatte kurz vor Beginn der 3. Tagung der ECE die Aufnahme dieses Traktandums verlangt. Sie befürwortete die Schaffung eines besonderen statistischen Komitees. Zu Beginn der Tagung erklärten sich die Delegationen der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs einverstanden mit der Verschiebung dieses Traktandums auf eine spätere Tagung.

8.- Bericht der ECE an den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinigten Nationen:

Während der 3. Plenartagung wurde ein neuer Bericht an den Wirtschafts- und Sozialrat ausgearbeitet, der im wesentlichen eine Zusammenfassung der vorstehend erwähnten Berichte darstellt, wobei in einzelnen Punkten bereits das Ergebnis der neuen Genfer Tagung berücksichtigt ist. Nachdem wir zu den besonderen Berichten schon Stellung genommen haben, erübrigen sich weitere Bemerkungen zu diesem zusammenfassenden Bericht, dem zugestimmt werden kann.

9.- Verschiedenes:

Unter diesem Traktandum wurden keine besonderen Fragen aufgeworfen.

II.

Zusammenfassend ergeben sich folgende Feststellungen:

1.- In allgemeiner Hinsicht:

Die Teilnahme an der 3. Tagung der ECE hat uns darin bestärkt, dass entgegen einer verbreiteten Annahme der Existenz und der Tätigkeit der ECE trotz des Inkrafttretens des Marshallplans eine erhebliche, wenn nicht sogar wachsende Bedeutung zukommt. In erster Linie bietet schon die nackte Existenz dieser Organisation heute die einzige Möglichkeit zu einer einlässlichen Aussprache aller europäischen Staaten einschliesslich Sowjetrusslands und der USA über die vielgestaltigen Probleme der europäischen Wirtschaft und des europäischen Wiederaufbaus. Wenn auch der Ton in den zahlreichen Debatten nicht immer frei von Leidenschaft, ja von Heftigkeit war und zum Teil den Rahmen der bisher üblichen internationalen Höflichkeit rücksichtslos durchbrach, so ist die Tatsache, dass die bisherige Tätigkeit der ECE und ihrer nachgeordneten Organe mit geringfügigen Ausnahmen schliesslich allgemeine Billigung fand und dass über die künftige Gestaltung der Aufgaben der ECE sowie ihrer Komitees und Unterkomitees in der Regel einstimmige Entscheidungen gefasst werden konnten, von eminenter politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Der Umstand, dass Sowjetrussland und die osteuropäischen Länder die ECE als



das einzige kompetente internationale Organ für die Behandlung der europäischen Wirtschaftsfragen betrachten, dass auf der andern Seite aber auch die am Marshallplan beteiligten europäischen Länder einschliesslich die USA immer wieder hervorheben, trotz des Marshallplans gewillt und bestrebt zu sein, im Rahmen der ECE mit allen europäischen Ländern zusammenzuarbeiten, dürfte jedenfalls alle beteiligten Regierungen dazu führen, der ECE sowie ihrem Generalsekretariat die grösste Aufmerksamkeit und in den meisten Fällen schon aus politischen Gründen eine beträchtliche Unterstützung, nicht zuletzt auch in der Form einer fortlaufenden Mitarbeit, zu gewähren.

Es ist nicht beabsichtigt, vor Ablauf eines Jahres eine 4. Tagung der ECE einzuberufen, vorausgesetzt, dass nicht ausserordentliche Umstände eine frühere Einberufung erfordern. In der Zwischenzeit dürfte das Schwergewicht der Arbeiten wiederum in die technischen Komitees, Subkomitees und Arbeitsgruppen verlegt werden. Eine objektive Betrachtungsweise muss zugeben, dass zum Teil diese Organe schon bis anhin praktisch greifbare Arbeit geleistet haben und auch in nächster Zukunft voraussichtlich leisten werden.

In den Kreisen des Generalsekretariats, aber auch bei der Mehrzahl der Delegationen, ist man der Auffassung, dass der Ausgang der 3. Tagung der ECE schon deshalb positiv zu bewerten sei, weil in keinem wesentlichen Punkte durch die gefassten Beschlüsse die künftige Arbeit der Komitees wesentlich eingeschränkt oder präjudiziert worden sei.

## 2.- Mit Bezug auf die Schweiz:

Es war zweifellos richtig, die Einladung zu der 3. Tagung der ECE, auch wenn die schweizerische Delegation nur beratende Stimme erhielt, anzunehmen. Die Erklärung der schweizerischen Delegation zu Traktandum 3 ist allseitig mit Befriedigung aufgenommen worden; sie hat, soweit wir feststellen konnten, auch in der schweizerischen Presse eine gute Aufnahme gefunden. Zudem gewährte die Tagung unserer Delegation, ganz abgesehen von den schriftlichen Orientierungen, einen umfassenden Einblick in das Arbeitsgebiet der ECE und ihrer nachgeordneten Organe sowie vor allem auch in das Zusammenspiel innerhalb der beiden wesentlichen Staatsgruppen, die heute das Geschick Europas auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet weitgehend bestimmen. Die schweizerische Delegation ist nicht nur vom Generalsekretariat, sondern von allen ins Gewicht fallenden Delegationen in äusserst entgegenkommender Weise behandelt worden. Man hat für unsere Lage allseitig grosses Verständnis an den Tag gelegt. Wir legen Gewicht darauf, festzustellen, dass gerade auch die Delegation der UdSSR es peinlich vermieden hat, unserem Lande nahezutreten. In offiziellen Gesprächen hat auch der Chef der sowjetrussischen Delegation die Haltung der Schweiz, die sich ihr durch ihre einzigartige Stellung auf-

- 10 -

drängt, in sehr verständnisvoller Weise gewürdigt.

Herr Professor Myrdal, Exekutivsekretär der ECE, hat dem schweizerischen Delegationschef gegenüber ausserhalb der offiziellen Sitzungen die Frage nahegelegt, ob nicht eine volle Mitgliedschaft der Schweiz bei der ECE in Prüfung gezogen werden könne, trotzdem unser Land den Vereinigten Nationen nicht angehöre. Er verwies dabei auf den Umstand, dass die Schweiz schon heute Mitglied der FAO, d.h. einer "specialized agency" der Vereinten Nationen geworden sei. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage eines Beitrages der Schweiz an die Kosten der ECE und ihrer Komitees und Unterkomitees aufgeworfen, wobei Herr Myrdal durchblicken liess, dieser Beitrag könnte allenfalls im Verhältnis zu den effektiven Zuteilungen, welche die Schweiz durch die ECE erhalte (z.B. Kohle, Stahl, etc.) bemessen werden. Es dürfte zweckmässig sein, diese Fragen vorsorglich einer interdepartementalen Prüfung zu unterziehen.

Im übrigen scheint es uns richtig, die Mitarbeit der Schweiz in den technischen Komitees, Subkomitees und Arbeitsgruppen der ECE in bisheriger Weise fortzusetzen, da sie sich bewährt hat.

Im Hinblick darauf, dass der Marshallplan sich anlässlich der 3. Tagung der ECE neben dem Problem Deutschland als hauptsächlichster Streitgegenstand erwiesen hat, dürfte es angezeigt sein, intern schweizerisch die erforderliche Koordination in der Betreuung unserer Belange im Rahmen des Marshallplans einerseits und der ECE andererseits sehr sorgfältig zu regeln, damit die schweizerischen Vertreter in beiden Organisationen stets die angesichts der auf dem Spiele stehenden bedeutenden Interessen unseres Landes unerlässliche "unité de doctrine" unter allen Umständen wahren können.

Antragsgemäss wird vom vorstehenden Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

Protokollauszug zum Vollzug an das Politische Departement (6 Expl.), an das Volkswirtschaftsdepartement (Generalsekretariat, Handelsabteilung 6 Expl., Biga) sowie an das Finanz- und Zolldepartement, zur Kenntnis an das Amt für Verkehr, an die SBB, an die Inspektion für Forstwesen, Jagd und Fischerei, an das eidg. Bureau für Wohnungsbau, an das Amt für Elektrizitätswirtschaft und an das Amt für Wasserwirtschaft.

Für getreuen Auszug,  
Der Protokollführer:

*Ch. Isler*